

„Schwule Schulaufgabe“

Immer häufiger verwenden Schüler auch an bayerischen Schulen Schimpfwörter, die Lesben, Schwule, Bisexuelle oder Transgender (LSBT) diskriminieren. Die Lehrer sind mit der Situation oft überfordert. | Seite 2

„Her mit den Fliegern!“

Münchens Flughafen-Chef Michael Kerkloh im BSZ-Interview über die dritte Start- und Landebahn, neue Trends in der Luftfahrt und die umstrittene Luftverkehrsabgabe. | Seite 13



Nostalgie in Pastellgrau

Punktgenaue Schauspielerführung, archaisierender Gestus: Altmeister Dimitter Gotscheff inszeniert am Münchner Staatsschauspiel Heiner Müllers „Zement“. | Seite 23

Freitag, 10. Mai 2013 | Nr. 19

www.bayerische-staatszeitung.de

Einzelpreis: € 1,85

KOMMENTAR

Eine Frage des Stils

VON WALTRAUD TASCHNER

Klar ist: Die Affäre um staatlich bezahlte Familienbeschäftigung bayerischer Abgeordneter hat dem Land geschadet. Bayern, das sich gern als Vorzeigeland feiert, steht vor aller Welt als Bananenrepublik da, in der die Mächtigen sich Jobs und Moneten zuschustern. Die Politiker wiederum erscheinen in toto als Abzockertuppe, die nimmt, was sie kriegen kann.

Warum das alles? Weil, und damit fangen die Unklarheiten an, der Landtag im Jahr 2000 unter dem damaligen Landtagspräsidenten Johann Böhm eine bundesweit singuläre Übergangsregelung beschloss, die keineswegs übergangsweise galt. Rätselhafterweise bestätigte der Landtag 2004 und 2009 besagte Regelung, wonach Abgeordnete Ehepartner und nahe Verwandte auch künftig aus Landtagsmitteln bezahlen durften, sofern das Angestelltenverhältnis bereits vor dem Jahr 2000 bestand. Alle im Landtag vertretenen Fraktionen nickten das ab – im Jahr 2009 also auch die Freien Wähler und die FDP. Warum die heikle Angelegenheit in Präsidium und Ältestenrat in nicht öffentlicher Sitzung statt vor aller Augen und Ohren im Landtag debattiert wurde, ist eine ebenfalls ungeklärte Frage.

Viele Abgeordnete machten von der Übergangsregelung Gebrauch – wobei in zwei besonders krassen Raffzahn-Fällen – bei CSU-Fraktionschef Schmid und dem Finanzausschuss-Vorsitzenden Winter – wohl die Grenzen des Rechts überschritten wurden. Dass die Familien-Förderer im Maximilianeum sich nun öffentlich wegen eines gemeinsam beschlossenen Fauxpas bekriegen, ist unverständlich und jedenfalls ungeschickt. Die Begeisterung für Politik bei den ohnehin politikverdrossenen Bürgern wird dadurch nicht wachsen. Deshalb und wohl auch wegen eigener Nutznießer der Altfallregelung hat jetzt die SPD zur Mäßigung gemahnt.

Vor zwei Wochen haben CSU und FDP eine Änderung des Abgeordnetengesetzes erarbeitet, welche die Beschäftigung naher Angehöriger ab Juni verbietet. Diesmal immerhin wird das Thema im Landtagsplenum diskutiert. Ob mit der geplanten Neuerung indes Amigo-wirtschaft in allen Fällen verhindert werden kann, steht auf einem ganz anderen Blatt. „Amigo“ – heißt im Spanischen Freund. Die Beschäftigung enger Freunde, ehemaliger oder aktueller Liebhaber wird auch nach neuem Recht nicht offiziell verboten sein. Wie auch? Der Nachweis dürfte schwierig werden, und mit Paragraphen lässt sich eben nicht alles regeln. Tatsächlich obliegt es vor allem dem politischen Fingerspitzengefühl der Betroffenen, wie sie im Bereich des Erlaubten agieren – und wie nicht. In Zeiten, da die Alleinstellungsmerkmale der Parteien diffundieren und Charisma, persönliche Integrität und Glaubwürdigkeit oft höher bewertet werden als Kompetenz, kann eines jedenfalls nicht schaden: Stil.

Amigo-Vorwürfe an Abgeordnete – was ist dran, wie soll's künftig geregelt sein, wem schadet das Ganze? Was Experten sagen

„Der Anti-Parteien-Effekt schadet allen“

Das Problem:

„Die Verquickung politischer Amtspflichten und privater Annehmlichkeiten überschreiten die Grenzen des guten Anstands. Wer sich einem Interessenkonflikt ausgesetzt sieht, kann nicht mehr frei handeln. Wichtig ist, im richtigen Augenblick auf Abstand zu gehen, um ein solches Dilemma zu verhindern.“ (Christoph Dyckerhoff)

*

„Vorausgesetzt, es handelt sich um echte Beschäftigungsverhältnisse, ist es völlig nachvollziehbar, dass man lieber einen Familienangehörigen als einen Fremden einstellt. Besonders in der Politik sind Vertrauen und Diskretion wichtige Punkte. Was soll daran moralisch falsch sein – lassen wir mal die Fälle Schmid und Winter außen vor.“ (Anna Schoch)

*

„Der Sündenfall liegt darin, dass man die Altfallregelung nicht einfach hat auslaufen lassen, sondern dass sie zweimal bestätigt wurde. Das ist ein ziemlicher Stilbruch und schafft daneben Abgeordnete zweierlei Rechts.“ (Heinrich Oberreuter)

Die Konsequenzen:

„Politisch ist es ein gutes Signal, wenn alle Abgeordneten, die seit 2003 Geld für die Beschäftigung Familienangehöriger bezogen haben, diese Mittel zurückzahlen. Und natürlich muss in Bayern die Beschäftigung naher Angehöriger umgehend verboten werden.“ (Christian Humborg)

*

„Seehofer hat erkannt, wie wichtig schnelle und präzise Aufarbeitung ist. Das gehört zu seinen elementaren Fertigkeiten und Qualifikationen.“ (Werner Weidenfeld)

*

„Nahe Angehörige sollen nicht auf Steuerzahlerkosten beschäftigt werden dürfen. Wer das gemacht hat,



Der Spott der Opposition zielt auf die CSU – doch die aktuelle Landtags-Affäre kratzt am Image aller Parteien.

FOTO DPA

soll das Geld zurückzahlen – zumindest sollen das diejenigen tun, die noch im Amt sind. Abgeordnete sollen auch nicht ihre Freunde oder Bekannten beschäftigen – damit hier mehr Transparenz herrscht, schlage ich vor, dass die Abgeordneten die Namen ihrer Mitarbeiter auf ihrer

INFO Diese Experten haben wir befragt

Volker **Banholzer**, Kommunikationswissenschaftler
Christoph **Dyckerhoff**, Ethikexperte und Personalberater
Gregor **Hackmack**, Gründer von abgeordnetenwatch.de
Christian **Humborg**, Geschäftsführer von Transparency International
Heinrich **Oberreuter**, Politikwissenschaftler
Anna **Schoch**, Psychologin
Werner **Weidenfeld**, Politikwissenschaftler

Homepage veröffentlichen.“ (Gregor Hackmack)

*

„Natürlich sollen Abgeordnete nicht ihre engsten Verwandten beschäftigen. Dass diejenigen, die das getan haben, das Geld zurückzahlen sollen, halte ich nicht für zwingend. Das soll jeder nach seinem persönlichen Stilempfinden machen. Ich würde es auch okay finden, wenn die Betroffenen das Geld spenden.“ (Heinrich Oberreuter)

*

„Politiker haben eine besondere Vorbildfunktion zu erfüllen, deshalb reicht es nicht aus, sich nur daran zu orientieren, was rechtlich zulässig ist. Es geht vor allem um Fingerspitzengefühl, darum, alles zu verhindern, was in der Gesellschaft Kopfschütteln verursacht. Politiker haben eine doppelte Verantwortung zu erfüllen.“ (Christoph Dyckerhoff)

Der Schaden:

„Ob das tatsächlich eine negative Wirkung für die CSU haben wird, hängt davon ab, wie man damit umgeht. Heute ist alles sehr kurzlebig. Wenn man schnell aufräumt, wird man am Wahltag kein Problem haben.“ (Werner Weidenfeld)

*

„Das Ganze ist ein langfristiger Schaden, weil es die Erinnerung an die Amigo-Affären um Strauß und Streibl aufrischt. Es werden auch die Vorurteile der Bürger bestärkt, die denken, Politiker seien eh raffgierig. Dieser Anti-Parteien-Effekt schadet allen Parteien.“ (Heinrich Oberreuter)

*

„Ich sehe eine große Gefahr, dass die Affäre die Politikverdrossenheit nährt, die Parteien wie den Piraten oder Alternative für Deutschland in die Hände spielt.“ (Volker Banholzer) > AKA/TA

Beim Parteitag der Bayern-SPD will Ude die Verwandtenaffäre geißeln, aber nicht zu arg – die Genossen sind selbst betroffen

Dobrindt-freie Draufkloppler

Das Beste kommt zum Schluss. Diese Grundregel der Event-Manager nehmen sich auch die Strategen für den SPD-Parteitag am Wochenende in Augsburg zu Herzen. Als letzten Tagesordnungspunkt des zweitägigen Kongresses, als „Highlight“, wie Generalsekretärin Natascha Kohnen formuliert, haben sie die Rede des Spitzenkandidaten Christian Ude angesetzt. „Es wird eine zackige Rede“, verspricht Kohnen. Ude werde „Gas geben“, „zulangen“ und die Delegierten auf den Wahlkampf einschwören. Motto: „Es darf für Bayern keine Politik mehr geben, für die man sich schämen muss.“

Schamgefühle entwickelt Kohnen vor allem in der Affäre um die Beschäftigung von Verwandten in Abgeordnetenbüros auf Staatskosten. Dass da auch Minister und Staatssekretäre involviert sind, ist für Koh-

nen eine „große Schweinerei“ – was Ude am Sonntag auch thematisieren werde. Er wird dabei wohl eine klare Trennlinie zu den Fällen in der CSU ziehen, denn ganz rein ist die Weste der SPD auch nicht. In früheren Legislaturperioden nutzten zahlreiche SPD-Abgeordnete die jetzt so verabschiedete Altfallregelung; dieser Tage musste der Augsburger Linus Förster einräumen, seit zwei Jahren seine Schwester halbtags zu beschäftigen. Das aber, beteuert Kohnen, sei nicht der Grund, warum man die Gehälter-Affäre im Wahlkampf nicht aus-schlachten werde. Sie sei dafür wegen ihrer Dimension nicht geeignet, lautet ihre Interpretation. Man wolle vielmehr einen „niveauvollen Wahlkampf mit Humor und Charme“ führen, ohne die „wilden Draufkloppler“, für die ihr CSU-Kollege Alexander Dobrindt bekannt sei.

Bevor Ude am Sonntag ans Rednerpult tritt, wird die Bayern-SPD schon ihr umfangreiches Wahlprogramm verabschiedet haben. Alle Forderungen und Ankündigungen seien „kein Wolkenkuckucksheim, sondern bis auf den letzten Cent durchgerechnet“, wirbt Kohnen für das 120 Seiten starke Papier. Es geht um Bildung, gerechte Löhne und eine ausgewogene Landesentwicklung, um die Energiewende und geordnete Staatsfinanzen. Zu diesen Themen werden auch die hochrangigen Gastredner einiges zu sagen haben. Angekündigt haben sich Bayerns DGB-Chef Matthias Jena, der die gewerkschaftliche Initiative „Arbeitnehmer für Ude“ präsentieren wird, und Bundestagsfraktionschef Frank-Walter Steinmeier.

Als ob das nicht schon Programm genug wäre, steht am Samstag auch

noch die Neuwahl des Landesvorstands an. Die ist überschattet vom Rückzug des profilierten Sozial- und Wirtschaftspolitikers Thomas Beyer aus der Stellvertreter-Riege von Parteichef Florian Pronold. Der Franke, zuletzt immer Stimmenkönig bei Vorstandswahlen, hat sich darüber beklagt, von Pronold nicht ausreichend eingebunden und damit seiner Mitwirkungsmöglichkeiten beraubt worden zu sein. Beyers Unmut über Kommunikationsdefizite in der Parteizentrale kann dessen Vize-Kollegin Annette Karl nachvollziehen, doch hätte er diesen intern vorbringen sollen. „Wir befinden uns im Wahlkampf, da sollte eigentlich kein Raum für persönliche Befindlichkeiten sein“, bedauert sie Beyers Rückzug. Dessen Posten soll Martin Burkert übernehmen, SPD-Landesgruppenchef im Bundestag. > JÜRGEN UMLAUFT

AUS DEM INHALT



LEBEN IN BAYERN

Hände hoch! Seite 3
In einer schrägen ZDF-Komödie verzoxt Kabarettist Sigi Zimmerschied als TV-Rentner seine Ersparnisse.

POLITIK

Wie Wahlfreiheit funktioniert Seite 4
G8 oder G9? In Hessen gibt's beides.

KOMMUNALES

Schluss mit HochglanzbroschürenSeite 11
25 Jahre Akademie Ländlicher Raum.



Bayerische Staatszeitung
Arnulfstr. 122
80636 München